

Kritik an Temasek

Trotz des wirtschaftlichen Desasters ihres jüngsten Thailand-Geschäfts hält die Führung der staatseigenen Temasek-Holding an ihrer bisherigen Praxis der nahezu vollständigen Geheimhaltung ihrer Geschäftsaktivitäten und Finanzstrukturen fest. Die Holding hatte nach der Übernahme des thailändischen Mischkonzerns Shin Corp., der mehrheitlich der Familie des gestürzten Premierministers Thaksin gehörte, innerhalb weniger Tage mehr als 25 Prozent des Kaufpreises als Verlust zu verbuchen, und versucht seither durch die Verringerung ihrer Firmenanteile einer Verstaatlichung des Konzern durch die thailändische Militärregierung entgegenzuwirken.

Der frühere Premier Lee Kuan Yew, Schwiegervater der amtierenden Geschäftsführerin von Temasek-Holding und selber Vorsitzender der anderen großen staatlichen Investmentfirma GSIC, verteidigte die anhaltende Geheimniskrämerei der Regierung um die beiden Staatsunternehmen als notwendige Maßnahme, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Stadtstaats sicherzustellen. Bis heute liegen nur spärliche Informationen über die Investitionstätigkeiten der beiden Staatsunternehmen und deren Rendite vor, obwohl es sich bei ihrem Investitionskapital durchweg um öffentliche Mittel handelt. Kritik an dieser Praxis kommt dabei nicht nur von der eigenen Opposition, sondern zunehmend auch von internationalen Wirtschaftsorganisationen wie dem Internationalen Währungsfond (IWF) und anderen Regierungen, die den Auslandsinvestitionen der Holding zunehmend skeptisch gegenüber stehen.

Neues Ungemach droht der Temasek-Holding derzeit aus Indonesien, nachdem die zuständige Monopolkommission der Regierung gegen zwei führende Telekommunikationsunternehmen des Landes, an denen die Holding Anteile hält, Ermittlungen wegen des Verdachts unerlaubter Preisabsprachen aufgenommen hat. Die Behörden Indonesiens haben daraufhin Singapurs Staatsholding aufgefordert, ihre Anteile an den beiden Unternehmen zu reduzieren, um größeren Wettbewerb am indonesischen Telekommunikationsmarkt zu ermöglichen.

vgl. Financial Times, Singapur, 10.11.2006; Reuters, Singapur, 15.12.2006

Kein Sand mehr!

Indonesiens Regierung hat mit sofortiger Wirkung alle Sandlieferungen nach Singapur gestoppt. Die Behörden reagieren damit auf anhaltende Berichte über die negativen Folgen der Exporte von Sand an den Stadtstaat, die bereits zum Verschwinden kleinerer Inseln im Grenzgebiet zu Singapur geführt haben und damit möglicherweise Auswirkungen auf die Seegrenzen des Inselstaates haben könnten.

Bereits 2003 hatte Indonesien Sandlieferungen nach Singapur untersagt, wenn diese für die umfangreichen Landgewinnungsprojekte des Nachbarlandes bestimmt waren. Der jüngste Exportstopp betrifft nun auch Lieferungen für Singapurs weiterhin florierende Bauwirtschaft. Wie stark sich der Schritt der indonesischen Regierung auf laufende Wohnungsbau- und Infrastrukturprojekte auswirken wird, ist derzeit allerdings noch offen. Zuletzt hatte der Export von Sand einen Umfang von umgerechnet mehreren hundert Millionen US-Dollar.

vgl. Reuters, Singapur, 24.1.2007

Mehr Wohlfahrt?

Im November 2007 verkündete der amtierende Premierminister Lee Hsien Loong Pläne zur Anhebung der Mehrwertsteuer von derzeit fünf Prozent auf sieben Prozent. Ziel der Erhöhung, von der sich die Regierung Mehreinnahmen von bis zu 1,5 Millionen Singapur-Dollar (umgerechnet etwa 750 Millionen Euro) erhofft, ist nach Angaben der Behörden der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems für die wachsende Zahl einkommensschwacher Haushalte im Stadtstaat. Beobachter bezweifeln jedoch, dass die Einnahmen wirklich zur Absicherung sozialer Risiken genutzt werden sollen.

Seit der Asienkrise hat sich die Zahl einkommensschwacher Familien von Jahr zu Jahr weiter erhöht, und die Schere zwischen wohlhabenden und ärmeren Haushalten ist stetig größer geworden. Um den zunehmenden Einkommensdisparitäten begegnen zu können, plant die Regierung nun die Ausweitung entsprechender Hilfsprogramme, die aus den Mehreinnahmen der Mehrwertsteuererhöhung finanziert werden sollen. Da der Stadtstaat jedoch gleichzeitig deutliche Senkungen der Unternehmenssteuern angekündigt hat, vermuten Beobachter, dass die erhöhte Mehrwertsteuer vor allem der Gegenfinanzierung der dadurch zu erwartenden Mindereinnahmen dienen wird. Während so große Unternehmen steuerlich entlastet würden, käme auf die Privathaushalte eine größere Steuerlast zu.

vgl. AP, Singapur, 13.11.2006; Asia Times, Singapur, 23.11.2006